

**Wir wollen Deutschlands Weg zu einem klimaneutralen Industrieland ebnen.** Hier geht es um das größte zusammenhängende Infrastruktur-Investitionsprojekt in der Geschichte Deutschlands.

Die Energiepolitik hat dabei die Schlüsselrolle. Denn sie erfordert auf dem Weg zum klimaneutralen Industrieland und zur Stärkung von Mittelstand und Handwerk den Ausbau der Erneuerbaren Energien sowie von steuerbaren Kraftwerken und Speichern, den Ausbau des Übertragungs- sowie des Verteilnetzes, die Errichtung einer CO<sub>2</sub>- sowie einer Wasserstoffinfrastruktur. Das sind viele kostenintensive Aufgaben, die gleichzeitig bewältigt und damit finanziert werden müssen.

Wenn weitreichende Aufgaben auf knappe Ressourcen treffen, braucht es Kosteneffizienz. Nur so können wir die vor uns liegenden Investitionen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln meistern. Daher gilt: **Ohne eine Kostenwende hin zu mehr Effizienz scheitert die Energiewende.**

### ***I. Unsere bisherige Arbeit im Deutschen Bundestag:***

#### ***Versorgung sichern, Preisexplosionen bekämpfen, klimafreundliche Energie ausbauen***

Als CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag haben wir in dieser Legislaturperiode zahlreiche Maßnahmen vorgeschlagen, um die Energieversorgung zu sichern, Preisexplosionen zu bekämpfen und klimafreundliche Energien auszubauen. Wir haben fast 40 Anträge sowie diverse Gesetzesentwürfe in den Bundestag eingebracht und mehrere Grundsatzpapiere vorgelegt.

Wir haben zur Sicherung der Versorgung in der Energiekrise den befristeten Weiterbetrieb der Kernkraft und den diskriminierungsfreien Ausbau aller Erneuerbaren Energien gefordert. Sofern die Ampelkoalition in der Energiekrise pragmatisch gehandelt hat, etwa beim Befüllen von Gasspeichern oder beim Ausbau der LNG-Infrastruktur, haben wir dies unterstützt. Unsere Vorschläge etwa zur Abschaffung der EEG-Umlage, zu einer höheren Auslastung der Stromnetze, zu Balkonkraftwerken sowie zur Steuerfreiheit und zur Vereinfachung von Zertifizierung bei kleinen PV-Anlagen hat die Ampel übernommen. Wir haben uns mit Erfolg gegen die Einführung einer die Energie verteuernde Gasumlage gewandt, eine umfassende Energiepreisbremse vorgeschlagen und setzen uns für eine Entlastung der Strompreise über die Senkung der Stromsteuer und die erhebliche Senkung der Netzentgelte ein. Bereits im Vorfeld des Heizungsgesetzes der Ampel haben wir unser Konzept für eine technologieoffene und sozialverträgliche Wärmeversorgung vorgelegt. Als die Ampel beim Gesetzgebungsverfahren zum Heizungsgesetz die parlamentarischen Rechte missachtete, sind wir dagegen mit Erfolg vor dem Bundesverfassungsgericht vorgegangen.

Beim Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft haben wir eine Positionierung erarbeitet, die unter dem Motto steht: schneller, bunter, breiter – mit diesem Vorgehen wollen wir unsere Wirtschaft und unsere Klimapolitik stärken. Um alle Möglichkeiten der Klimapolitik zu nutzen, fordern wir einen neuen Rahmen zur Nutzung und Speicherung von CO<sub>2</sub> ein, dabei wollen wir vor allem auch den Export von CO<sub>2</sub> ermöglichen. Daneben haben wir eine Reihe von Zukunftsthemen in der Energiepolitik auf die Agenda gesetzt, bei denen die Ampel wenig bis gar nichts vorgelegt hat. Dazu zählen die Stärkung der Geothermie und der Bioenergie, die Nutzung von Abwasserwärme und bessere Rahmenbedingungen für Stromspeicher.

Diese zahlreichen Initiativen werden wir nun – zum Ende der Legislatur und zur Vorbereitung einer möglichen Regierungsübernahme – zu einem Gesamtkonzept zusammenzuführen und im Rahmen des im November geplanten Energiegipfels vorstellen.

## **II. Alle Kostentreiber gehören auf den Prüfstand**

Die vielfältigen Aufgabenfelder der Energiewende erfordern hohe Investitionen.

Bezug	Investitionsbedarf in Euro	Quelle
Transformation der deutschen Wirtschaft bis 2050	rd. 5 Billionen	KfW, 2021
Ausbau der Erneuerbaren Energien auf bis zu 80 Prozent in 2030	721 Mrd. – davon u.a. 350 Mrd. Erzeugungsanlagen 140 Mrd. Transportnetze Strom und Gas 140 Mrd. Verteilnetze Strom und Gas	BDEW/EY – Fortschrittsmonitor Energiewende, 2024
Bilanziell 100 Prozent Erneuerbare Energien in der Stromversorgung	über 800 Mrd.	e.venture, 2023
Ausbau der Übertragungsnetze bis 2045	320 Mrd.	BNetzA, 2024
Ausbau der Verteilnetze bis 2045	220 Mrd.	BNetzA, 2024

Diese Kostendimension tritt auf die Notwendigkeit, schnell zu handeln. Wir können nicht einfach nur bessere Zeiten abwarten. Und wenn lediglich neue Infrastrukturen alte ersetzen, eine Art des Energiesystems durch ein anderes ersetzt wird, entsteht dadurch allein noch kein volkswirtschaftlicher Mehrwert. All dies unterstreicht die dringende Notwendigkeit für eine Kostenwende im Bereich der Energiepolitik und besonders bei den Netzen.

Deswegen müssen jetzt alle zusätzlichen Kostentreiber auf den Prüfstand. Der Ausbau des Netzes und der Erneuerbaren muss besser aufeinander abgestimmt werden, Redundanzen können wir uns nicht leisten. Wir müssen auch die künftigen Netze für Strom, grüne Gase und Wasserstoff sowie Kohlenstoffdioxid verknüpft planen.

## **III. Eckpfeiler unserer Energiepolitik für eine Kostenwende**

### **Kein Ausstieg ohne vorherigen Einstieg**

Mit uns wird es kein weiteres endgültiges Abschalten von Kohlekraftwerken geben, solange keine neuen Gaskraftwerke als Ersatz gebaut und zusätzliche alternative gesicherte Leistung verfügbar gemacht worden sind. Dazu muss dringend ein entsprechender Kapazitätsmarkt errichtet werden.

Solange und dort, wo die Chance besteht, das bestehende Gasnetz für grüne Gase bzw. Wasserstoff zu verwenden, muss ein Rückbau ausgeschlossen sein. Es darf kein Rückbau ohne vorherige verfügbare lokale Alternative erfolgen.

## **Praxistaugliche und kostengünstige Maßnahmen statt realitätsfremder Idealvorgaben**

Die Klima- und Kosteneffizienz der Energiepolitik muss grundsätzlich gesteigert werden, indem schnelle und wirksame Maßnahmen langwierigen und kostspieligen Ideallösungen vorgezogen werden. Also: Die „*low hanging fruits*“ zuerst und pragmatische Lösungen immer umsetzen.

In der kurzen Frist ist die Praxistauglichkeit von Maßnahmen entscheidend. So lassen sich vor allem beim Netzausbau und im Offshore-Bereich schnell erhebliche Kostenpotentiale heben. Beim Netzausbau sollen die notwendigen HGÜ-Übertragungsnetze künftig in der Regel als Freileitungen geplant und umgesetzt werden, wenn sich dadurch Vorteile bei Bau- und Betriebskosten sowie Planungs- und Umsetzungsgeschwindigkeit ergeben. Dabei gilt der Grundsatz „überirdisch wo möglich – unterirdisch wo nötig“. Eine regionale Belastung, die eine Erdverkabelung erforderlich werden lassen kann, kann beispielsweise durch das Bündelungsgebot oder durch weitere gemeinwohlorientierte überregionale Infrastrukturprojekte in der Region entstehen.

Im Bereich Offshore-Wind bestehen erhebliche Sparpotentiale, weil die Anlagen und ihre Netzinfrastruktur nur zeitweise vollständig genutzt werden können. Hier sollte etwa umgestellt werden von Zielsetzungen, die im Ausbau auf die theoretisch vorhandene Leistung abzielen, auf Zielsetzungen, die die tatsächlich erreichbaren Stromerträge messen. In der Flächengestaltung lässt sich zudem auch durch eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbarländern Niederlande und Dänemark die Kosteneffizienz steigern.

## **Mit Technologieoffenheit alle Potenziale heben**

Eine Kostenwende lässt sich vor allem auch mit einer stärkeren Technologieoffenheit verwirklichen. Nach einer Studie der Deutschen Energie-Agentur dena erhöht diese die Kosteneffizienz und spart bis 2050 bis zu 600 Mrd. Euro.

Dies bedeutet, alle Erneuerbaren Energien zu nutzen. Auch zum Beispiel Bioenergie, Wasserkraft, Geothermie oder Abwasserwärme. Die Klimapolitik der Grünen dagegen setzt nahezu ausschließlich auf Solar- und Windenergie.

Ebenso gilt es, alle klimaneutralen Gase zu nutzen – und nicht nur aus Solar- und Windenergie erzeugten grünen Wasserstoff. Wenn etwa weiterhin Hürden für den Import oder die inländische Erzeugung von blauem Wasserstoff errichtet werden, scheitert der Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft und damit das Projekt, Deutschland zu einem klimaneutralen Industrieland fortzuentwickeln.

Gleiches gilt für die Nutzung: Alle klimaneutralen Antriebe (für PKW, LKW, Schifffahrt, Flugzeuge etc.) sind als Option rechtlich zu ermöglichen und eine mögliche Förderung der meistversprechenden Technologien nach der CO<sub>2</sub>-Minderung und nicht nach einzelnen politisch bevorzugten Technologien auszurichten. Dies gilt ebenso für Heiz- und Wärmetechnologien.

Alle technologisch ausgereiften und umsetzbaren Optionen von CO<sub>2</sub>-Senken, natürliche wie technologische, sind rechtlich zu ermöglichen. Zudem ist CCS und CCU zu erlauben und der Anwendungsbereich auszuweiten.

Neben einem Fokus auf unmittelbare Kosteneffizienz heißt Technologieoffenheit auch in die längerfristige Zukunft zu schauen. Wir wollen die Kernfusion in Deutschland und Europa

fördern und bessere Rahmenbedingungen für dessen Erforschung setzen.

### **Markt statt Verbote als Weg der Umsetzung**

Kosteneffizienz entsteht durch die Nutzung marktgerechter Steuerungsmechanismen statt durch kleinteilige Steuerung, Verbote und Zwang. Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung ist das marktgerechte Leitinstrument. Daher sind auf europäischer Ebene ETS I und II sowie perspektivisch LULUCF schrittweise zusammenzuführen, die nationale Bepreisung geht darin auf.

Der europäische ETS muss international anschlussfähig und umsetzbar gestaltet werden. Solange dies rechtlich und faktisch nicht umsetzbar gestaltet werden kann, ist durch geeignete Maßnahmen wie einen funktionierenden CBAM oder hilfsweise auch mittels Zertifikate-zuteilungen die energieintensive Industrie so zu stützen, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit sichergestellt ist.

Statt der langwierigen, oft bürokratischen und vor allem marktverzerrenden Ausgabe von Förderbescheiden für einzelne Unternehmen in Millionen- und Milliardenhöhe ebnet die regulatorische Schaffung von Leitmärkten den effizientesten und damit kostengünstigsten Anbietern den Weg. Dies kann beispielsweise über eine verpflichtende Grüngas-Quote, eine verpflichtende Grün-Heizöl-Quote oder eine verpflichtende Quote für klimaneutralen Stahl und ggf. weiterer Grundstoffe geschehen.

Ein Kapazitätsmarkt für Strom muss den Wettbewerb um die kosteneffizientesten Kapazitäten gesicherter Leistung entfesseln und dabei auch Effizienz, Netzdienlichkeit und die technologieoffene Nutzung von Flexibilitäten in den Mittelpunkt stellen. Bei steuerbaren Kraftwerken, die nur eine begrenzte Anzahl von Stunden im Jahr laufen, müssen pragmatische Lösungen statt teurer Platin-Rand-Lösungen gewählt werden. Dies bedeutet zum Beispiel, die Nutzung von kostengünstigeren Gaskraftwerke „von der Stange“ in Verbindung mit CCS anstatt von pauschal verpflichtenden, sehr teuren und noch in der Entwicklung befindlichen wasserstofffähigen Hybrid-Kraftwerken.

Auch die EEG-Vergütung lässt sich statt einer dauerhaften Subvention in festen Cent-Beträgen marktgerechter ausgestalten und sollte dann schrittweise auslaufen. Zudem muss der Ausbau verstärkt nur noch im Einklang mit dem Netzausbau sowie alternativer Nutzung, wie Speicher oder Wasserstoffherzeugung, erfolgen. Ein Gigawatt-getriebener Ausbau ohne konditionale Verknüpfung mit dem Netzausbau oder ohne technologieoffen ausgestaltete Formen der Energiespeicherung erhöht die Systemkosten dramatisch.

### **Die Stromkosten müssen spürbar runter**

Wenn Strom einen immer stärkeren Anteil am deutschen Energieverbrauch leisten können soll, muss er sich auch preislich durchsetzen. Das ist nach dem aktuellen Stand der Dinge absehbar nicht der Fall. Konkrete Folge ist, dass auch stromintensive Anwendungen wie Elektromobilität oder die Wärmepumpe sich nicht ausreichend werden durchsetzen können.

Wenn durch die von uns geplanten Maßnahmen der immer stärkere Anstieg der Infrastrukturkosten sowie der Kosten für die Bereitstellung gesicherter Leistung gebremst und abge- senkt werden kann, werden das die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen auf ihrer Energierechnung positiv spüren.

Parallel müssen wir aber zusätzliche Maßnahmen ergreifen, um die Energiekosten noch weiter spürbar zu senken. Daher sind die Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung nicht weiter zuerst in milliardenschwere, oft auch fachfremde Förderprogramme umzusetzen, sondern – so wie es auch versprochen war – zur Entlastung der Energiekosten. Bei der Einführung eines **Klimagelds** ist die Ampelkoalition gescheitert und hat somit wertvolle Zeit verspielt. Um Privatverbraucher und Unternehmen schnell und effizient zu entlasten, wollen wir mit den CO<sub>2</sub>-Einnahmen zuerst die Stromsteuer dauerhaft und für alle auf das Minimum senken und die Netzentgelte erheblich senken.

\* \* \*

Tabele Briefings